

Lausitzer-Kohle-Rundbrief

BRUNICOWY ROZGLĚD

**29. November
2024**

1. LEAG-Betriebsrat stellt Kohleausstiegsplan in Frage
2. Lausitzer Kohlegruben im Winter vor geheimnisvollen Herausforderungen
3. LEAG-Entschädigung reicht nicht aus: Wasserkunden in Frankfurt zahlen drauf
4. Bilanz-Kosmetik bei der LEAG: Droht Steuerzahlenden hohe Braunkohle-Rechnung?
5. Weltpremiere von „wuhlo-kohle“ auf Cottbuser Filmfestival
6. Kann die Kohlelobby Staatsanwaltschaften zurückpfeifen lassen?
7. Fehlende Standsicherheit: Hochspannungstrasse muss verlegt werden

1. LEAG-Betriebsrat stellt Kohleausstiegsplan in Frage

Auch nach dem Ende der Ampelkoalition tobt die Lobby Schlacht um neue Gaskraftwerke unvermindert weiter. Jetzt stellt der Betriebsrat die Abschaltung des Kohlekraftwerkes Jänschwalde in Frage, um von der Politik weiteres Staatsgeld für die LEAG zu erpressen. Damit werden nachträglich neue Bedingungen für den vertraglich vereinbarten Kohle-Abschaltplan erfunden. Hinter den populistischen Ostdeutschland-Parolen geht es in Wirklichkeit um die Geschäfte von Milliardär Křetínský.

Nach einem Gespräch beim Bundeswirtschaftsminister am 20. November 2024 [verbreitete die IGBCE folgendes Statement](#) von Betriebsrat Toralf Smith: „Das Kraftwerkssicherheitsgesetz der Bundesregierung muss darum endlich kommen und bestehende Braunkohlestandorte privilegieren. Ostdeutschland darf dabei nicht schon wieder benachteiligt werden. Für das Kraftwerk Jänschwalde, das bereits Ende 2028 vom Netz gehen soll, brauchen wir jetzt Klarheit und ein tragfähiges Zukunftskonzept. Wenn dieses Konzept nicht kommt, steht der Abschaltplan für Jänschwalde für uns zur Diskussion.“

Fakt ist: Politisch vereinbart wurden mit dem Kohleausstieg einerseits die milliardenschweren Strukturwandelhilfen für die Region (Strukturstärkungsgesetz), andererseits eine Entschädigungszahlung an die Kohleunternehmen (öffentlich-rechtlicher Vertrag). Schon letzteres ist nichts als ein Geschenk der Politik, der behauptete Schaden für das Unternehmen wurde nie nachvollziehbar belegt.

Ein Zuschlag bei der Förderung von Gaskraftwerken war nicht Teil dieser Vereinbarung, sonst wäre er Teil der dazu verabschiedeten Gesetze geworden. Mit einer Ausschreibung von Kraftwerkskapazitäten wäre es auch völlig unvereinbar vorher festzulegen, wer den Zuschlag kriegen muss. Trotzdem versuchen die Lausitzer Lobbyisten des Milliardärs Křetínský jetzt Gaskraftwerke an allen vier LEAG-Standorten (Jänschwalde, Boxberg, Pumpe, Lippendorf) nachträglich zur Bedingung des Kohleausstiegs umzudeuten.

Zwar wird der Zubau regelfähiger Gaskraftwerke in Deutschland (in bestimmtem Umfang) benötigt und ist entsprechend bereits in der Kohlekommission diskutiert worden. Dabei geht es aber um die deutschlandweite Versorgungssicherheit, nicht um die Geschäftsaussichten der LEAG. Dass diese eins der von der Bundesregierung geförderten wasserstofffähigen Gaskraftwerke abbekommen würde, erscheint zudem nahezu sicher. Aber man kriegt den Hals nicht voll, es sollen alle vier Standorte sein. Diese Standorte wurden seinerzeit von DDR-Plankommissionen aufgrund ihrer Nähe

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

zu Kohleflözen ausgewählt, was inzwischen als sachfremdes Kriterium für ein Gaskraftwerk erkannt werden sollte. (Hier unsere [Stellungnahme zum Jänschwalder „Innovationskraftwerk“](#) vom April)

Um die Kraftwerksbelegschaft kann es auch kaum gehen, wenn in der brandenburgischen Lausitz laut einer [Studie der Staatskanzlei](#) 55.000 Menschen fehlen, um bis 2038 die verfügbaren Jobs zu besetzen. Die Arbeitsplatzzahlen der geplanten Gaskraftwerke sind sehr überschaubar. Dafür soll ernsthaft den Kohle-Ausstiegsplan zur Diskussion stehen?

Wenn Neubaukraftwerke vorrangig dort gebaut werden sollen, wo es Stromnetz und Versorgungssicherheit am meisten brauchen (also zu zwei Dritteln im „netztechnischen Süden“), wird das plötzlich zur „Diskriminierung Ostdeutschlands“ erklärt. Es ist der pure Populismus, der da schon im Landtags- und nun im aufziehenden Bundestagswahlkampf tönt. „Ostdeutschland“ ist dabei rein zufällig alles, wo der Standort Daniel Křetínský gehört und weiteres Staatsgeld seinem auf Zypern und Jersey verzweigten Firmenimperium ein sicheres Geschäft verspricht. Der Betriebsrat und hörige Politiker werden vom Oligarchen nur vorgeschickt, weil der selbst nicht so gut den unterzeichneten Vertrag mit der Bundesregierung in Frage stellen kann.

2. Lausitzer Kohlegruben im Winter vor geheimnisvollen Herausforderungen

Wie mehrere Medien berichten, warnte die LEAG am 30. Oktober 2024 die Kunden der Leipziger Strombörse, dass ihre Kraftwerke von November 2024 bis voraussichtlich Ende März 2025 „aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit von Braunkohle infolge technologischer Herausforderungen im Tagebau nicht mit voller Leistung am Markt teilnehmen.“

Auch auf Nachfragen der Presse, um welche technologischen Herausforderungen es sich handeln würde, wurde das Unternehmen nicht konkreter. Die [Lausitzer Rundschau vom 17. November](#) (€) spekuliert daraufhin, ob es sich um Personalengpässe handeln könnte. Hieß es nicht immer, wegen fehlender Arbeitsplätze für die vielen Bergleute könnten wir nicht schneller aus der Kohle aussteigen?

Wirklich brisant an dem Vorgang ist, dass Braunkohlekraftwerke gerade für die um Januar und Februar drohende „Dunkelflaute“ stets als Garant der Versorgungssicherheit inszeniert werden. Schon im Winter 2022/23 war ein Block des Kraftwerkes Jänschwalde just über diesen Zeitraum kaputt und nahm nicht am Markt teil. Kurz vor dem Winter 2023/24 stürzte am gleichen Kraftwerk ein Aschesilo aus Beton einfach ein.

3. LEAG-Entschädigung reicht nicht aus: Wasserkunden in Frankfurt zahlen drauf

Die vom Tagebaubetreiber LEAG gezahlte Entschädigung reicht für den Schutz des Trinkwassers in Frankfurt (Oder) offenbar nicht aus, berichtete die [Märkische Oderzeitung am 21. November](#) (€). Trotz dem Deal mit dem Kohlekonzern drohen den Wasserkunden aktuell saftige Preiserhöhungen.

Im Jahr 2025 soll das wieder ertüchtigte Wasserwerk in Müllrose in Betrieb gehen. Mit dem Wasserwerk soll die Versorgung Frankfurts unabhängiger von der Sulfatbelastung der Spree werden, die überwiegend von den Braunkohletagebauen der LEAG verursacht wird. Größte Sulfatquelle im Spreegebiet ist dabei der Tagebau Nochten.

Die von der LEAG erst nach jahrelangem Rechtsstreit zugebilligte Entschädigung reicht nun für die nötigen Maßnahme offenbar nicht aus, die MOZ spricht von Kostensteigerungen um eine Million Euro. Insgesamt soll in Frankfurt „der Preis je Kubikmeter (1000 Liter) Trinkwasser im kommenden Jahr von 1,77 Euro um 13 Cent auf 1,90 Euro ansteigen.“

Der Verursacher dürfte dafür nicht mehr greifbar sein. Für die Zahlung von 5 Millionen Euro hatte die Stadt Frankfurt im Frühjahr 2023 einen Rechtsstreit vor dem Europäischen Gerichtshof beendet, bei dem ihr das [Statement der Generalanwältin](#) praktisch bereits Recht gegeben hatte. Die Geheimhaltung des Vergleichsvertrages sorgte für zahlreiche [kritische Medienberichte](#). Stadt und Wasserversorger haben sich dabei offenbar verpflichtet, auch gegen keinerlei andere LEAG-Aktivitäten jemals wieder Rechtsmittel einzulegen. Der Kohlekonzern hätte eine Veröffentlichung des Vergleichs ermöglichen können, um die Vorwürfe zu entkräften. Er verweigert eine Veröffentlichung jedoch bis heute.

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

4. Bilanz-Kosmetik bei der LEAG: Droht Steuerzahlenden hohe Braunkohle-Rechnung?

Nach Auswertung der LEAG-Jahresberichte wirft Greenpeace den Leag-Eignern um Daniel Křetínský Bilanz-Kosmetik vor. Während die Leag-Holding in den Bilanzen der Investoren mit einem Buchwert von insgesamt 2 Milliarden Euro geführt wird, verkaufte PPF im vergangenen Jahr 20 Prozent daran für den symbolischen Preis von einem Euro an EPH. Für PPFs verbleibenden 30-Prozent-Anteil besteht eine Verkaufsoption. Auch der Energiekonzern EPH, der mehrheitlich dem tschechischen Milliardär Daniel Křetínský gehört, hat die Muttergesellschaft des ostdeutschen Braunkohlegeschäfts, die Leag-Holding, durch Umstrukturierung aus dem EPH-Konzernverbund herausgelöst. (Der Report vom 19. November ist [hier online](#))

Die Leag-Eigner um Křetínský gingen demnach nach einem bekannten Muster vor: Toxische Vermögenswerte werden ausgegliedert, Gewinne mitgenommen und ein dünnes Firmenkorsett hinterlassen, das die Milliarden an Rekultivierungspflichten absehbar nicht tragen kann. Während in den beiden Vorsorgegesellschaften bis Ende 2023 gerade einmal 830 Millionen Euro angespart wurden, liegen die Kosten der Tagebaurekultivierung deutlich höher. Auch die von der EU-Kommission in Aussicht gestellten 1,2 bis 1,75 Milliarden Euro für den Kohleausstieg werden die Lücke nicht annähernd stopfen können. Expert:innen sind sich einig, dass Braunkohlekraftwerke in wenigen Jahren nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben sind.

"Wenn die Landesregierung redlich mit den Steuergeldern der Bevölkerung umgehen will, dann muss sie Sicherheitsleistungen von Leag verlangen und die avisierten EU-Gelder in einer staatlichen Stiftung sichern." sagt Greenpeace-Energieexperte Karsten Smid.

5. Kann die Kohlelobby Staatsanwaltschaften zurückpfeifen lassen?

Der am 27. November vorgestellte Koalitionsvertrag für Brandenburg enthält im Kapitel „Inneres“ den Satz: „Die Unabhängigkeit der Justiz werden wir unterstreichen, indem wir sicherstellen, dass Ministerweisungen gegenüber der Staatsanwaltschaft zukünftig schriftlich zu erfolgen haben und aktenkundig zu machen sind.“ Für alle, die sich schon immer gefragt haben, warum bisher ausnahmslos alle Strafanzeigen im Zusammenhang mit Braunkohleabbau in Brandenburg im Lausitzer Sand verliefen, tut sich hier eine Erklärungsmöglichkeit auf. Offenbar reichte bisher ein Anruf, um unliebsames aus der Welt zu schaffen. Künftig soll es nicht viel besser werden: Der Koalitionsvertrag geht genau so weit, wie auch schon ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vom Frühjahr 2024. Der Deutsche Richterbund schreibt dazu in einer [Stellungnahme](#) vom Mai: „Das Festhalten an dem ministeriellen Einzelweisungsrecht in der geltenden Form widerspricht europarechtlichen Vorgaben“, die Schriftlichkeit leiste „nur einen kosmetischen Beitrag“.

6. Weltpremiere von „wuhlo-kohle“ auf Cottbuser Filmfestival

Am 10. November feierte der [Film „Wuhlo – Kohle“](#) der sorbischen Künstlerin Maja Nagel auf dem Cottbuser Filmfestival seine Weltpremiere. Es handelt sich um den dritten Teil einer bereits 2012 begonnenen Langzeitbeobachtung, die die Landschaftszerstörung um den Tagebau Nochten behandelt. Im neuen Film kommt die Sicht ganz verschiedener Betroffener auf den Kohleabbau zu Wort, darunter auch die Umweltgruppe Cottbus und der von uns gepachtete bedrohte Wald. Die Künstlerin verwies darauf, dass auch der Tagebaubetreiber LEAG angefragt war, aber für das Projekt nicht zur Verfügung stand.

Am Vortag hatte Maja Nagel den Förderpreis der Stiftung für das sorbische Volk erhalten. Er werde „an eine Filmschaffende verliehen, die sich in ihrem filmischen Werk in inhaltlich und künstlerisch herausragender Weise mit sorbischer/wendischer Kultur, Geschichte und Sprache auseinandersetzt und die in ihren Werken kreativ sorbische/wendische Erfahrung im Kontext existenzieller Menschheitsprobleme reflektiert“ schreibt die Jury.

7. Fehlende Standsicherheit: Hochspannungstrasse muss verlegt werden

Der Netzbetreiber 50Hertz muss eine 380-kV-Freileitung im Bereich des ehemaligen Tagebaus Greifenhain umverlegen. Für die betroffenen Strommasten könne aufgrund verschiedener geotechnischer Gutachten die Standfestigkeit nicht mehr vollumfänglich gewährleistet werden. „Es besteht das akute Risiko eines Mastumbruchs und damit der Havarie der Bestandsleitung.“ schreibt die Bergbehörde LBGR im laufenden Planfeststellungsverfahren zur Umverlegung der Trasse. Der Tagebau Greifenhain wurde bereits 1994 stillgelegt.

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--